



Arno Wagener  
 Hauptstr.67  
 66871 Theisbergstegen  
 fon ++ 49 [ 0 ] 178 96194 95  
 @ arno@humaneearthling.org



Godelhausen, den 14.05.2024

Herr Notar  
 Dr. Frank Buchhold  
 Trierer Straße 65  
 66869 Kusel-Diedelkopf

**Ihre ZEICHEN :**

Unser Zeichen : Our sign : Nuestra referencia :  
**QUERULANZ ~ KLIMA ~ TEILHABE**  
 EI ~ ErwerbslosenInitiative ~  
 c / o Erwerbslosenverband Deutschland e.V. i.Gr.

☐ Randbemerkungen zu **Planspiel** Tag 8594 ( H I S T O R Y )  
 Antragstellungen, so auch Eingaben bei der Gerichtsbarkeit, sind ein viel zu wenig gewürdigter Bestandteil der Gegenwartsliteratur !  
**Time is on my side, 1964, The Rolling Stones - Tag 0001 : 01.11.2000**

: QUELLE : http://www.erwerbslosenverband.org/klage/notar\_buchhold\_20240514\_schlichtung.pdf :

Sehr geehrte Damen und Herren beim Notariat Dr. Frank Buchhold !  
 [ DIESES SCHREIBEN IST AUCH ONLINE FÜR SIE VERFÜGBAR ! ]

Sehr geehrter Herr Notar Dr. Frank Buchhold, LL.M. Eur. ...  
 Mein Telefonat mit Ihrem Kollegen Herr Stein am Montag . . .

Sie müssen diese ( notwendige ) Störung vielmals entschuldigen ...  
 Ich muss Sie, Herr Buchhold, in Ihrer Funktion als unparteiischer Notar,  
 um die Klärung eines strittigen Sachverhalt bemühen. Es ist schon  
 wichtig. Und vermeidet wirklich Einiges an wirklich unnötigem Ärger !

Z.B. das derzeit beim SG laufende Verfahren, so benannt als 'Querulanzia' !  
 Dabei geht es primär um eine ' [Sachauskunftsklage](#) '. Also um die Prüfung des  
 Sachverhalt, ob Herr Justiziar Ass. Peter Simon — *welcher ja in Vertretung für den  
 Landkreis Kusel tätig ist* — da nicht in den letzten Jahren zu mindestens grob fahrlässig  
 und / oder anzunehmend zielgerichtet seinen Amtspflichten nicht entsprochen hat.

Bzw., ob es nicht doch ein Fall von eindeutigem Amtsmissbrauch ist.  
 Das Verfahren ist derzeit anhängig beim SG in Speyer, welches zudem eigenständig dazu  
 schon eine ' [Verzögerungsrüge](#) ' dem Landessozialgericht in Mainz geschickt hat.  
 [ [erwerbslosenverband.org/klage/00\\_querulantentum\\_klage\\_deckblatt\\_02.html#final\\_touch](http://erwerbslosenverband.org/klage/00_querulantentum_klage_deckblatt_02.html#final_touch) ]

**Die Mail vorab :**

**Betreff:** STREITVERMEIDUNG, SCHLICHTUNG & MEDIATION mit dem Landkreis  
 Kusel

**Datum:** Mon, 13 May 2024 10:44:14 +0200

**Von:** Human <arno@humaneearthling.org>

**An:** Herr Notar Dr. Frank Buchhold, LL.M. Eur. <info@notar-buchhold.de>

Auf Seite 2 finden Sie, hoffentlich sachdienliche, Info zum Streitpunkt !!!.  
 Ich verbleibe natürlich hochachtungsvoll und mit freundlichem Gruß ...

Arno Wagener

: Besuche Erwerbslosenverband Deutschland [ e.V. i.Gr. ] :  
 : http://www.erwerbslosenverband.org :



## : ZUM SACHVERHALT : AUTISMUS + INKLUSIVES :

Bei einem schon seit Jahren geforderten Rechtsanspruch, so benannt als "Teilhabe (pp)" ~ also Hilfe zu einem selbst bestimmten Leben unabhängig von Sozialleistungen in Form eines selbstständigen Lebenserwerb ~, geht es momentan gerade um einen ablehnenden Bescheid des Jobcenter und ein Widerspruchsverfahren. Und das Ganze dann in direktem, und kausal zu begründenden, Zusammenhang mit einem Antrag vom 27.01.2021 (1 Seite).

Der eigentlich strittige Sachverhalt wird seit 4 Jahren in einem ' Instanzen-Karussell ', und zahlreichen Verfahren beim Sozialgericht bis hoch zum BSG, ohne Ergebnis verhandelt. Und auf Grund fehlender gesetzlicher Grundlagen kann eigentlich für einen 'Mensch mit Behinderung' [ ~ Autismus, anzunehmend Asperger-Syndrom ~ ] im System 'Bürgergeld', den im GG zugesicherten Rechtsnormen folgend, so auch gar nicht entschieden werden !

[ [http://erwerbslosenverband.org/klage/0000\\_INFO.html](http://erwerbslosenverband.org/klage/0000_INFO.html) ]

In dieser Ausarbeitung verweise ich u.A. auf eine EU-Parlamentsanfrage 'Autismus & inklusive Beschäftigung'. Das wurde so auch dem Landkreis bzw. der Kreisverwaltung Kusel und ebenso der Gerichtsbarkeit mitgeteilt. Das hierbei angegebene Zahlenmaterial ist einfach nur 100% eindeutig. Es handelt sich dabei ( anzunehmend ) um eine systemimmanente " Benachteiligung und Diskriminierung allererster Güte und Qualität " ( = in GROSSBUCHSTABEN ). Das ist so allgemein auch schon seit Jahrzehnten bekannt !

Und ich kenne das in meinem persönlichen Einzelschicksal nunmehr seit ca. 35 Jahren !

Ein Lösungsansatz jetzt ist ( a ) der Versuch einer Schlichtung und eine ( zu mindestens teilweise ) Streitbeilegung mit Hilfe des Schiedsmann bei der Verbandsgemeinde Kusel-Altenglan und den jeweiligen Güterichtern beim SG Speyer bzw. dem LSG RLP in Mainz, um so ( möglicherweise ) gemeinsam dann auch einen / den Punkt der Einigung zu finden. Und ( b ) kann sich alternativ dazu ebenso ein Entschädigungsanspruch, z.B. neben diesem Amtsmissbrauch auch aus der Staatshaftung für legislatives Unrecht in Deutschland, daraus ergeben ! Das ist dann natürlich die Frage der Umsetzbarkeit ! Mal ganz unabhängig davon, ob sich einer solcher Rechtsanspruch realisieren lässt.

Bei dem so geforderten „Rechtsanspruch“ benannt als " Teilhabe (pp) " handelt es sich zwar um ein individuelles Begehren, u.A. dem Gleichheitsgrundrecht des Grundgesetz und der 'Objektformel' des BverfG folgend. Dem statistisch signifikanten Zahlen der EU-Anfrage wegen diesen Defiziten bei der Sozial – und Beschäftigungspolitik im Umgang mit „Mensch mit Behinderung“ ebenfalls folgend stellt sich dabei die Frage, ob die Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde 'gegenüber Grundrechtsverletzungen des Gesetzgebers durch Unterlassen' gerechtfertigt erscheint. Auch hatte ich mehrfach vom Gericht gefordert eine 'Richtervorlage' oder eben 'konkrete Normenkontrolle' dem BverfG zu überantworten . . .

Es ist nicht in meinem Interesse eine 'Sachauskunftsrüge', ähnliche Schritte, einzuleiten ! Es kann jedoch im Interesse der Effektivität des Rechtsschutzes gemäß Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz (GG) ausnahmsweise erforderlich sein, der Entscheidung in der Hauptsache vorzugreifen, wenn sonst das Recht des Antragstellers vereitelt würde oder wenn ihm aus sonstigen Gründen eine bloß vorläufige Regelung nicht zumutbar ist (vgl BVerfG DÖV 73, 133; LSG Berlin Breithaupt 89, 615; BayVGH BayVB11968, 67; LSG Rheinland-Pfalz Breithaupt 2000, 318, 322; OVG Nordrhein- Westfalen OVG 27, 252). So kann bei einer Leistungsklage ebenso unter engen Voraussetzungen eine vorläufige Befriedigung zur Verhinderung wesentlicher Nachteile geboten sein. Und es handelt sich da ja wirklich nur um so genannte 'Folgenbeseitigungsansprüche' ...

• **Kreative Planung** • | **Sozialisierung unserer Marke in den digitalen Zeiten** ! •  
— Beratung und Organisation zur Selbsthilfe und von Interessengruppierungen —

QUELLE : [http://www.erwerbslosenverband.org/klage/0000\\_info\\_gueterichter.pdf](http://www.erwerbslosenverband.org/klage/0000_info_gueterichter.pdf) :

: Besuche Erwerbslosenverband Deutschland [ e.v. i.Gr. ] :

: <http://www.erwerbslosenverband.org> :

